

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 22.08.2017 zur Berichterstattung auf tagesschau.de am 17.08.2017 und 20.08.2017 über Urteile und Proteste in Hongkong

In ihrer Programmbeschwerde vom 22.08.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von tagesschau.de am 17.08.2017 und 20.08.2017 über Urteile und sich daran anschließende Proteste in Hongkong. Sie werfen der Redaktion vor, hinter der Berichterstattung stecke ein „propagandistisches System“. Dem Thema fehle es an Relevanz, es sei „aufgekocht und aufgeblasen“. Zudem würden in den Meldungen auf tagesschau.de fast ausschließlich „subjektiv gefärbte Formulierungen“ verwendet. Neben Wertungen und Spekulationen würden Quellen verschwiegen, dies zusammen zeige den „Propagandacharakter dieser Berichterstattung“.



Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

Unsere Berichterstattung verfolgt keine propagandistischen Zwecke, dies gilt sowohl für die Themenauswahl, als auch für deren journalistische Umsetzung. Das öffentlich-rechtliche ARD-Gemeinschaftsprogramm wird aus Rundfunkbeiträgen finanziert und arbeitet frei von staatlicher Einflussnahme. Unser Ziel ist es, unser Publikum möglichst gut und umfassend zu informieren.

Die monatelangen Massenproteste in Hongkong vor drei Jahren hatten eine breite Diskussion vor Ort ausgelöst. Darüber wurde ausführlich in den internationalen Medien berichtet - auch von ARD-aktuell. Insofern ist die juristische Aufarbeitung der damaligen Ereignisse durchaus von journalistischer Relevanz und keineswegs „aufgekocht oder aufgeblasen“. Den Vorwurf, Formulierungen wie „Demokratieaktivisten“ seien subjektiv gefärbt, halten wir für unzutreffend. Denn die Demonstranten forderten ja gerade mehr Demokratie und wandten sich gegen einen Beschluss des nationalen Volkskongresses in Peking. Dieser sah vor, dass ein vom chinesischen Staat gebildetes Komitee die Kandidaten zur Wahl des Hongkonger Verwaltungschefs festlegt, bevor die Bevölkerung abstimmen kann. Da durch diese Vorauswahl der Einfluss der Regierung in Peking - zumindest indirekt - wächst, ist auch die Formulierung, dass dies ein Hinweis darauf sei, „dass Peking seinen Einfluss auf seine Sonderverwaltungszone weiter ausbaut“ keine Spekulation. Zumal wir uns diese Formulierung in unseren Artikeln nicht zu eigen machen, sondern berichten, dass Menschenrechtler dies so bewerten.

Den von den Beschwerdeführern angeregten Vergleich zwischen den gewaltsamen G20-Protesten und den Demonstrationen in Hongkong können wir nicht nachvollziehen. Auch den vorgeschlagenen Begriff „Störer“ halten wir sprachlich nicht für neutral, da er wertend ist. Wie auch anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg erscheinen uns die Begriffe „Demonstranten“, „Aktivisten“, „Protestierer“ und - wenn es zu Ausschreitungen kam - auch „Randalierer“ angemessener.

Die Beschwerdeführer kritisieren zudem die Formulierung, das Urteil habe „bei Menschenrechtlern für einen Aufschrei [ge]sorgt“ und fordern eine nähere Quellenangabe. Das Urteil war aber durchaus von Menschenrechtsorganisationen wie „Amnesty International“ und „Human Rights Watch“ scharf kritisiert worden. Natürlich hätten diese auch explizit im Text genannt werden können, aber eine Straffung zugunsten der besseren Lesbarkeit des Textes ist normale journalistische Praxis.

Im Übrigen steht die Berichterstattung vom 17.08.2017 und 20.08.2017 in der Folge einer umfassenden Berichterstattung über die Gruppierungen, die hinter den „Regenschirm-Protesten“ standen und darüber, welche Folgen diese Proteste in Hongkong hatten. Als Beispiele seien diese beiden Artikel auf tagesschau.de genannt:

<https://www.tagesschau.de/ausland/hongkong-527.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/hongkong-517.html>

Die Beschwerdeführer werfen ARD-aktuell „gleichförmige Meldungen“ mit vielen anderen deutschsprachigen Medien vor. Dass sich sowohl Zeitungen als auch Fernsehen und Online aus dem In- und Ausland ebenfalls für eine Berichterstattung über die Urteile gegen die Demokratieaktivisten entschieden haben, sehen wir als Bestätigung für unsere journalistischen Kriterien. Wir sehen die Vorwürfe der Herren Klinkhammer und Bräutigam als widerlegt an. Die Berichterstattung von tagesschau.de am 17.08.2017 und 20.08.2017 entspricht unserer Ansicht nach voll und ganz den Programmgrundsätzen, die uns der Rundfunkstaatsvertrag auferlegt.



Hamburg, 07.09.2017

Marcus Bornheim
Zweiter Chefredakteur ARD-aktuell